

Refereed article

Spukt ein autokratisches Gespenst in der Chinaforschung? Erkenntnisse aus Umfragedaten zu grenzüberschreitenden Repressionserfahrungen

Eva Seiwert und Katrin Kinzelbach

Abstract

This article examines the research climate among German-speaking China scholars, focusing on the prevalence of cross-border repression. Drawing on a survey among 87 members of two major China Studies associations in German-speaking countries, the article finds that the respondents' scholarship is affected by so-called 'soft' repression. While 'hard' repression is much less widespread among the surveyed scholars, we argue that the distinction is fluid in practice, and we interpret our findings as evidence that the Chinese party-state attempts to repress free academia across borders. However, accusations that the Chinese party-state has considerable bearing on China researchers do not correspond to the self-perception of most survey participants. Qualitative responses indicate that respondents discuss the topic of self-censorship openly, often citing research ethics as an explanation for conscious self-censorship decisions. We also find that a minority of respondents worries about a polarised public and academic debate about China, even listing perceived pressures in the context of this debate as one of the main challenges currently facing China scholars.

Keywords: China studies, repression, self-censorship, academic freedom, survey

Eva Seiwert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Associate Research Fellow der OSCE Academy in Bishkek.
eva.seiwert@fau.de; ORCID: 0000-0003-3941-9389

Katrin Kinzelbach ist Professorin für Internationale Politik der Menschenrechte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Gastprofessorin am Transnational Law Institute, King's College London, und korrespondierende Autorin.
katrin.kinzelbach@fau.de; ORCID: 0000-0002-0974-5346

Einleitung

Seit Xi Jinpings Antritt als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und Präsident der Volksrepublik (VR) China in 2012/2013 ist zunehmend ein Ausbau repressiver Regierungsmethoden durch den Parteistaat zu beobachten. Neue Gesetze wie das Internet-Sicherheitsgesetz (2017), das Gesetz zum Management ausländischer Nichtregierungsorganisationen (2017), das Hongkonger Sicherheitsgesetz (2021) und das neugefasste Anti-Spionage-Gesetz (2023) schränken die Rechte chinesischer Staatsbürger*innen noch stärker als bisher ein und sollen darüber hinaus sicherstellen, dass auch ausländische Bürger*innen und Organisationen nicht zum Nachteil der nationalen Sicherheit oder der „öffentlichen Interessen der Volksrepublik“ (Nationaler Volkskongress 2021a, Art. 2) handeln. Der extraterritoriale Gültigkeitsanspruch einiger Gesetze, wie etwa des Datenschutzgesetzes (Nationaler Volkskongress 2021b, Art. 3) und des Hongkonger Sicherheitsgesetzes (Nationaler Volkskongress 2020, Art. 38), stellt ein Beispiel für repressive Praktiken dar, mit deren Hilfe autokratische Regime versuchen, über staatliche Grenzen hinaus Einfluss auszuüben (Gerschewski 2013; Glasius 2018; Schenkkan und Linzer 2021). Eine zunehmend repressive Regulierung ist auch im chinesischen Wissenschaftssystem zu beobachten. So wurden etwa im Jahr 2015 „Ansichten zur weiteren Stärkung und Verbesserung der Propaganda und ideologischen Arbeit im Hochschulwesen unter den neuen Bedingungen“ (*Guanyu jin yi bu jiaqiang he gajin xin xingshi xia gaoxiao xuanchuan sixiang gongzuo de yijian*) (Generalbüro des KPCh Zentralkomitees, Generalbüro des Staatsrates 2015) und 2018 „Zehn Leitlinien für das professionelle Verhalten von Hochschullehrern in der Ära Xi Jinpings“ (*Xinshidai gaoxiao jiaoshi zhiye xingwei shixiang zhunze*) (Ministerium für Bildung der Volksrepublik China 2018) herausgegeben, die unter anderem die ideologische Kontrolle über chinesische Universitäten weiter verschärften. Vor diesem Hintergrund diskutieren Chinawissenschaftler*innen in Deutschland seit 2018/2019 vermehrt über mögliche Auswirkungen auf die eigene Forschung und wie mit diesen umzugehen sei. Die Diskussion wird teilweise sehr kontrovers in akademischen Publikationen, Tageszeitungen, Workshops, Webinars, auf Twitter und in anderen Formaten geführt (z. B. Tatlow 2018; Klotzbücher et al. 2020; Ahlers und Heberer 2021; Fulda 2021a; Fulda und Missal 2021a; Diefenbach 2022; Schubert und Alpermann 2022; Alpermann und Schubert 2022).

Die Debatte kreist insbesondere darum, inwiefern Feldforschung notwendig und welche Kompromisse für den Erhalt eines Zugangs zu China vertretbar seien (für eine Zusammenfassung siehe Habich-Sobiegalla und Steinhardt [2022]). Während einige Wissenschaftler*innen anführen, Kolleg*innen gingen für die Sicherung des Feldzugangs teilweise nicht vertretbare Kompromisse ein (Fulda 2021b; Fulda et al. 2022), betonen andere die Notwendigkeit des Zugangs und des Dialogs mit Kolleg*innen in China für die evidenzbasierte Chinaforschung (Ahlers und Heberer 2021; Habich-Sobiegalla und Steinhardt 2022; Alpermann und Schubert 2022; Levy 2022; Alpermann und Godehardt 2022). In diesem Zusammenhang wird auch über

das Thema Selbstzensur kontrovers diskutiert (Klotzbücher et al. 2020; Fulda und Missal 2021a; Fulda et al. 2022; Alpermann 2022) und erörtert, inwiefern sich Chinawissenschaftler*innen öffentlich zu chinabezogenen Themen äußern und positionieren sollten (Fulda 2021b; Diefenbach 2022; H-Asia 2022; Schubert und Alpermann 2022). Während sich einige Debattenteilnehmende gegen ein vermeintliches „moralisches Kreuzrittertum“ stellen und darauf hinweisen, Chinaforschung sei kein politischer Aktivismus (Schubert und Alpermann 2022; Alpermann und Schubert 2022), verbinden andere mit dem Aufruf zu öffentlichen Stellungnahmen die (zumindest indirekte) Unterstellung, die deutschsprachige Chinawissenschaft schwiege zu vom Parteistaat unerwünschten Themen (Fulda und Missal 2021a: 15; Fulda et al. 2022).¹ Eine sachliche Debatte ist aufgrund der unzureichenden Datenlage über die tatsächliche Verbreitung von Selbstzensur und das Ausmaß repressiver Erfahrungen kaum möglich. Eine einschlägige Studie (Greitens und Truex 2020) zur Situation von Chinawissenschaftler*innen weltweit konzentriert sich schwerpunktmäßig auf den angloamerikanischen Raum; belastbare Daten über die Situation der Chinaforschung im deutschsprachigen Raum liegen bisher nicht vor. Unser Beitrag schließt diese Lücke mit Umfragedaten, die im April/Mai 2022 in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Chinaforschung (ASC) der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) und der Deutschen Vereinigung für Chinastudien (DVCS) erhoben wurden. Das Sample umfasst Mitglieder des ASC und des DVCS und beruht darüber hinaus auf Selbstselektion. Daher ist es nicht unbedingt repräsentativ für die gesamte Chinaforschung an deutschsprachigen Universitäten, allerdings bilden die 87 anonymen Teilnehmenden erkennbar eine Diversität hinsichtlich der disziplinären Verortung, des Forschungsinteresses und der Seniorität ab. Die Umfrage bietet insofern einen wichtigen Einblick in die bisherigen Erfahrungen von Chinaforschenden im deutschsprachigen Raum.² Wir gehen davon aus, dass Personen mit Repressionserfahrungen in unserem Sample eher überrepräsentiert

-
- 1 Dennoch gibt es auch Gemeinsamkeiten in den Forderungen der Debattenteilnehmenden. So sind sich die meisten öffentlich zu Wort kommenden Chinawissenschaftler*innen darüber einig, dass deutsche Universitäten Geldzuwendungen aus China (neben anderen ausländischen Akteuren) transparenter der Öffentlichkeit vermitteln sollten (Fulda und Missal 2021a, 2021b; Habich-Sobiegalla und Steinhardt 2022; Schubert und Alpermann 2022). Darüber hinaus scheint es einen Konsens zu geben, dass es Deutschland an Chinakompetenz fehle und diese aktiv aufgebaut werden müsse (Rudyak 2019; Frenzel Godehardt 2022; Rudyak 2023).
 - 2 Der Fragebogen und das Vorgehen bauen auf einer bereits veröffentlichten Studie von Greitens und Truex (2020) auf. Während einige Fragen aus Greitens und Truex' Fragebogen übernommen wurden, bestehen die Hauptunterschiede zu deren Forschung darin, dass die Fragen der hier vorgestellten Studie sich erstens nicht auf die (Feld-)Forschung beschränken, sondern auch Erfahrungen in der Lehre, Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und Wissenschaftskommunikation beleuchten. Zweitens geht der Fragebogen über die Erfahrungen im Bereich der Forschung innerhalb der VR China hinaus, indem besonders auch Herausforderungen und Strategien von Chinawissenschaftler*innen an ihren Heimatinstitutionen und in grenzüberschreitenden Kooperationen mit chinesischen Partner*innen (innerhalb und außerhalb der VR China) ergründet werden.

sind, da wir in solchen Fällen auch aufgrund der zugesicherten Anonymität ein Mitteilungsbedürfnis und demnach eine erhöhte Teilnahmebereitschaft erwarten.

Basierend auf den Ergebnissen der Umfrage zeigen wir im Folgenden auf, dass die Chinaforschung im deutschsprachigen Raum von der sogenannten „weichen“ Repression betroffen ist bzw. war, während es vonseiten der befragten Forschenden nur wenige Hinweise auf „harte“ Repression gibt. Daher sprechen wir im Titel zu unserem Beitrag von einem „autokratischen Gespenst“. Damit möchten wir erstens verdeutlichen, dass die dokumentierte weiche Repression einschüchtert, die Sorge vor Repression der bisher tatsächlich erfahrenen Repression teilweise aber auch vorauszueilen scheint, womit wir keinesfalls erlebte Erfahrungen relativieren wollen. Zweitens deckt sich der Vorwurf einer autokratisch beeinflussten Chinaforschung nicht mit der Selbstwahrnehmung im Fach und ist insofern möglicherweise nur ein Gespenst. Die erhobenen Daten zeigen vielmehr, dass ein Großteil der Befragten nicht bereit ist, in der eigenen Forschung und Lehre zu China bestimmte Inhalte oder Begriffe zu zensieren.

Theoretische Einordnung und Methodik

Wir untersuchen Chinas (versuchte) Einflussnahme auf Chinaforschende im deutschsprachigen Raum als ein Beispiel für die repressiven Praktiken autokratischer Staaten im Allgemeinen und des chinesischen Parteistaats im Speziellen. Bestehende Studien zeigen, dass autoritäre Regime ihre repressiven Praktiken nicht auf Ländergrenzen beschränken, sondern zunehmend über diese territorialen Grenzen hinaus Repression ausüben (Glasius 2018; Hamilton und Ohlberg 2020; Furstenberg et al. 2021; Schenkkan und Linzer 2021; Dukalskis et al. 2022; Moss et al. 2022). Konzeptionell kann zwischen „weicher“ und „harter“ Repression unterschieden werden. Während der Übergang fließend ist, gilt generell als weiche Repression („soft repression“) vor allem solche, die mit Anreizen und Zurechtweisungen ohne Gewalt darauf abzielt, die Meinungs- und Pressefreiheit oder auch die akademische Freiheit einzuschränken. Harte Repression („hard repression“) hingegen zielt auf die körperliche Unversehrtheit ab und schließt Zwang und die Androhung oder Anwendung von Gewalt mit ein (Merkel und Gerschewski 2011: 23; Jämte und Ellefsen 2020: 385).

Unter der Prämisse, dass Repressionsentscheidungen einem rationalen Kalkül folgen (Poe 2004), ist anzunehmen, dass unterschiedliche Personengruppen ungleich von grenzüberschreitender Repression betroffen sind. Bisherige Forschung betont, dass die eigenen Landsleute im Ausland das Hauptziel weicher und harter Repression sind (Moss 2016; Glasius 2018; Heath 2018; Furstenberg et al. 2021; Tsourapas 2021; Chubb 2022; Lemon et al. 2023); auf die Diaspora gerichtete Repression wird üblicherweise mit dem Begriff ‚transnationale Repression‘ bezeichnet. Aber auch Bürger*innen anderer Länder können betroffen sein, daher sprechen wir in diesem Artikel leicht angepasst von ‚grenzüberschreitender Repression‘. Ein Bereich, in dem autoritäre Regime versuchen, illegitim Einfluss auszuüben, ist die Wissenschaft

(Kinzelbach und Pils 2023). In diesem Zusammenhang wird auch das Konzept „sharp power“ diskutiert (Walker und Ludwig; Walker 2018: 13, 2019; Aras 2022: 630), das autokratische Einflussnahme anprangert und die besondere Vulnerabilität liberaler Demokratien ausmacht. Wissenschaftliche Einrichtungen in liberalen Demokratien und ihre Mitglieder sind allerdings keine passiven, zur Naivität im Umgang mit Autokratien verdammten Opfer, vielmehr können sie mit ihren Entscheidungen den repressiven Einfluss entweder verstärken oder einhegen (Pils 2021; Kinzelbach und Pils 2023). Um die tatsächliche Auswirkung grenzüberschreitender Repression in der Chinaforschung zu verstehen, ist es daher unabdingbar, die erlebten Erfahrungen, Abwägungen und Entscheidungen der betroffenen Akademiker*innen zu untersuchen. Bekannt ist, dass chinesische Forschende und Studierende angewiesen werden, im Ausland „Chinas Geschichte richtig zu erzählen“ (Ministerium für Bildung der Volksrepublik China 2016; Bisley 2017: 104). „Chinas Geschichte“ wird im Ausland allerdings nicht nur von Chines*innen, sondern maßgeblich auch von Chinawissenschaftler*innen in Forschung, Lehre und Wissenschaftskommunikation vermittelt. Daher erscheint es durchaus plausibel, dass diese Akademiker*innen von grenzüberschreitenden Repressionsversuchen betroffen sind.

Die im Folgenden vorgestellte Online-Umfrage befasst sich mit den Erfahrungen, Abwägungen und Reaktionen von Chinaforschenden im deutschsprachigen Raum. Sie fragt nach Erfahrungen und Entscheidungen, die bis zu 20 Jahre zurückliegen können und wurde im April und Mai 2022 auf der Online-Softwareplattform SoSci Survey durchgeführt.³ Als Teilnehmende wurden Mitglieder des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Chinaforschung (ASC) der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) und Mitglieder der Deutschen Vereinigung für Chinastudien (DVCS) identifiziert, da nach unserem Kenntnisstand ein Großteil der akademisch beschäftigten Chinaforschenden in Deutschland, Österreich und der Schweiz Mitglied in mindestens einer dieser Vereinigungen ist.⁴ Die Zielgruppe wurde über die Mailinglisten des ASC und der DVCS zur Umfrage eingeladen, und die Teilnahme war freiwillig.⁵

3 Aufgrund des Zeitpunkts der Datenerhebung inmitten der COVID-19-Pandemie stellen die Umfragedaten zu Erfahrungen innerhalb der VR China keine Momentaufnahmen der derzeitigen Forschungskonditionen in China dar und beschreiben in den meisten Fällen Erfahrungen, die mindestens zweieinhalb Jahre zurückliegen. Es wäre daher sinnvoll, in der Zukunft Folgebefragungen durchzuführen.

4 Chinaforschende, die an praxisorientierten Denkfabriken arbeiten, sind in den beiden genannten Gesellschaften nur vereinzelt vertreten und in dieser Umfrage daher unterrepräsentiert.

5 Wir bedanken uns herzlich bei allen Teilnehmenden. Ein besonderer Dank geht an den damaligen ASC-Sprecher Tobias ten Brink und den ehemaligen DVCS-Vorstandsvorsitzenden Roland Altenburger für ihre Unterstützung, an Rory Truex für hilfreiche Hinweise und die Erlaubnis, mit dem von ihm und Sheena C. Greitens konzipierten Fragebogen zu arbeiten, an Alexandra Kaiser und Lars Lott für ihre hilfreichen Hinweise zur Konzeption, Interpretation und Darstellung der Umfrage(daten), sowie an Aaron Gimbel-Feuerlein und Alicja Polakiewicz für Forschungsassistentz. Wir bedanken uns herzlich bei den anonymen Begutachter*innen für konstruktiv-kritische Hinweise, die den Artikel verbessert haben, sowie dem Redaktionsteam von ASIEN. Die Umfrage und Arbeit

Aufgrund von Datenschutzregelungen liegen den Autorinnen keine Zahlen zu Doppelmitgliedschaften der beiden Vereinigungen vor, weshalb auch die Rücklaufquote nicht eindeutig berechnet werden kann.⁶ Insgesamt wurden 87 Fragebögen ausgefüllt, wobei jeder Fragebogen, in dem mindestens eine inhaltliche Frage beantwortet wurde, zählt. Da die Chinaforschung im deutschsprachigen Raum vergleichsweise klein ist, halten wir die Antworten von 87 Personen für aussagekräftig, wobei wir aufgrund der Selbstselektion keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Die Abschlussquote von 68,1% wird in Anbetracht der Fragebogenlänge als hoch bewertet (vgl. Liu und Wronski 2018).

Der Großteil der Teilnehmenden (72,4%) identifizierte sich als Sinolog*in/Chinawissenschaftler*in, während Politikwissenschaft die am zweitmeisten vertretene (14,9%) Disziplin war.⁷ 85% der Teilnehmenden waren zum Zeitpunkt der Umfrage an eine Institution in Deutschland angebunden und 82,8% arbeiteten an einer Universität oder Fachhochschule (entweder innerhalb oder außerhalb Deutschlands). Nur zwei Teilnehmende (2,3%) verbrachten innerhalb der letzten 20 Jahre keine Zeit in China, während 73,5% in diesem Zeitraum mindestens ein Jahr in China verbrachten.⁸ Knapp drei Viertel der Befragten gaben an, aktuell oder in der Vergangenheit offizielle Forschungs Kooperationen mit Forschungsinstitutionen in China eingegangen zu sein. Diese Zahl ist noch höher (83,9%), wenn man persönliche wissenschaftliche Beziehungen auf individueller Ebene berücksichtigt. Im Folgenden erörtern wir die wichtigsten Ergebnisse der Befragung.⁹

Herausforderungen in der deutschsprachigen Chinawissenschaft

Zunächst wurden Einschätzungen der Teilnehmenden zu Herausforderungen in der deutschsprachigen Chinawissenschaft erhoben. Bezogen auf die Frage, welche größten Herausforderungen Befragte aktuell für die Chinawissenschaften sehen, nannten 70,1% „beschränkter bzw. fehlender Zugang zu Informationen, Quellen

an diesem Artikel wurde gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 448410770.

6 Rücklaufquoten können nur berechnet werden, wenn die Gesamtgröße der Erhebungsgruppe bekannt ist.

7 Als Politikwissenschaftlerinnen mit Chinaschwerpunkt und Sinologin sind sich die Autorinnen dieser Studie ihrer komplexen Rolle sowohl als Studienleiterinnen als auch Mitglieder der eigenen Zielgruppe bewusst. Es ist unser Anspruch als Wissenschaftlerinnen, Wissen so objektiv wie möglich zu generieren und die Forschungsergebnisse durch Reflexion über unsere „positionings on the data generated“ (Wilkinson 2014: 402) transparent darzustellen und zu interpretieren. Dennoch ist uns klar, dass Forschung niemals völlig neutral sein kann, sondern immer auch von den Entscheidungen eines Individuums mit einer bestimmten Identität und Position beeinflusst wird (Schwartz-Shea und Yanow 2012: 102).

8 Knapp ein Fünftel verbrachte über fünf der letzten 20 Jahre in China.

9 Eine tabellarische Darstellung der biografischen Angaben aller Umfrageteilnehmenden ist im Anhang enthalten.

oder Orten“. An zweiter Stelle steht die „Sorge vor zukünftigen Schwierigkeiten in/mit der VR China“, was auf Grund der vagen Formulierung eine hohe Anzahl an unterschiedlichen (sowohl diffusen als auch konkreten) Befürchtungen einschließen kann. An dritter Stelle – weit vor Befürchtungen, eigene Kontakte innerhalb oder außerhalb der VR China zu gefährden oder persönlich von Seiten des chinesischen Parteistaats unter Druck gesetzt zu werden – nannten Teilnehmende die Sorge, im Kontext einer polarisierten Debatte über China öffentlich in die Kritik zu geraten. Dies lässt auf einen großen Einfluss der Chinawissenschaften-Debatte, die zeitgleich zur Umfrage stattfand, auf die Beteiligten schließen.

Tabelle 1: Einschätzungen größte Herausforderungen für dt.-sprachige China-Wissenschaftler*innen.

Einschätzungen größte Herausforderungen für dt.-sprachige China-Wissenschaftler*innen	Absolute Zahlen	Prozent
1. Beschränkter/Fehlender Zugang zu Information/Quellen/Orten	61	70,1%
2. Sorge vor zukünftigen Schwierigkeiten in/mit der VRC	38	43,7%
3. Sorge im Kontext einer polarisierten Debatte über China öffentlich in die Kritik zu geraten	29	33,3%
4. Allgemeine Arbeitsbedingungen im deutschen Hochschulsystem	28	32,2%
5. Sorge um die Gefährdung für eigene Kontakte in der VRC	20	23,0%
6. (Versuchter) Druck seitens des chinesischen Staates/Individuen in Verbindung zu diesem	13	14,9%
7. Sorge um Gefährdung chinesischer Studierender/Kolleg*innen außerhalb der VRC	11	12,6%
8. (Versuchter) Druck seitens Fördernder/Dritter	6	6,9%
9. (Versuchter) Druck seitens der eigenen Institution	4	4,6%
10. Sonstiges	7	8,0%

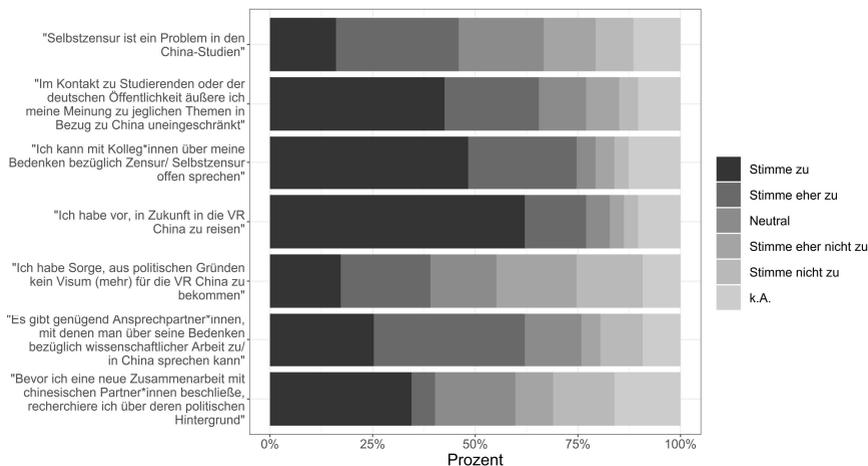
Teilnehmende wurden außerdem aufgefordert, Aussagen zur Arbeitssituation von Chinawissenschaftler*innen nach Zustimmungsgrad zu beurteilen.¹⁰ Der in der öffentlichen Debatte intensiv diskutierte Aussage, Selbstzensur sei ein Problem in den China-Studien, stimmten 46% (eher) zu. Diese Zahl ist erheblich niedriger als in Greitens und Truex' Studie aus dem Jahr 2020, in der 70% der Befragten derselben Aussage zustimmten. Die verhältnismäßig niedrige Zustimmung in der vorliegenden Studie erklären wir uns u. a. mit der kontroversen Debatte in der deutschsprachigen Chinawissenschaft, in der einige Beteiligte die Praxis der Selbstzensur als ein Hauptproblem des Fachs in Deutschland betonten (Klotzbücher et al. 2020; Fulda und Missal 2021b), während andere sich von dem Vorwurf der in Deutschland angeblich besonders verbreiteten Selbstzensur distanzieren und diesen zu widerlegen suchten. Dies beeinflusste womöglich auch ihr Antwortverhalten in

10 Gemäß der Likert-Skala konnten Teilnehmende wählen zwischen: „stimme zu“, „stimme eher zu“, „neutral“, „stimme eher nicht zu“, „stimme nicht zu“, und „k. A.“.

der hier vorgestellten Umfrage. Ein weiterer, aus unserer Sicht sehr plausibler Grund für die Diskrepanz im Vergleich mit den Ergebnissen von Greitens und Truex ist, dass die vulnerabelste Gruppe – nämlich Personen, die aus der VR China kommen und dort noch Familie haben – sehr geringe Chancen auf eine akademische Karriere in der deutschsprachigen Chinaforschung haben und demnach auch in unserem Sample eine kleine Minderheit darstellen (3,4% der Teilnehmenden gaben eine chinesische Staatsbürgerschaft an, 27,6 % haben familiäre oder andere enge persönliche Kontakte zu Personen in der VR China).

62,1% der Teilnehmenden in unserer Umfrage bejahten die Aussage „Es gibt genügend Ansprechpartner*innen, mit denen man über seine Bedenken bezüglich wissenschaftlicher Arbeit zu/in China sprechen kann“, und knapp drei Viertel gaben an, mit Kolleg*innen offen über ihre Bedenken bezüglich Zensur/Selbstzensur sprechen zu können. Das Thema (Selbst-)Zensur scheint – anders als zuweilen kolportiert – in der deutschsprachigen Chinawissenschaft also kein Tabuthema zu sein.¹¹

Abbildung 1: Zustimmung zu Aussagen zur Arbeitssituation, in Prozent



Die Daten zu den Einschätzungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen in der deutschsprachigen Chinaforschung legen nahe, dass sich der Großteil der Erhebungsgruppe mit den zunehmend repressiven Bedingungen in der VR China beschäftigt und sich eine Mehrzahl mit Kolleg*innen über damit verbundene Herausforderungen in der Forschung wie etwa (Selbst-)Zensur sowie einen adäquaten Umgang mit diesen austauscht. Welche konkreteren repressiven

11 Wir besprechen das Thema Selbstzensur in Abschnitt "Reaktionen: Widerstand, Selbstzensur und individuelle Selbstregulierung" ausführlicher.

Erfahrungen Teilnehmende in der Vergangenheit erlebt haben und ob bzw. wie sie sich dem Druck widersetzen, beleuchten wir im folgenden Abschnitt.

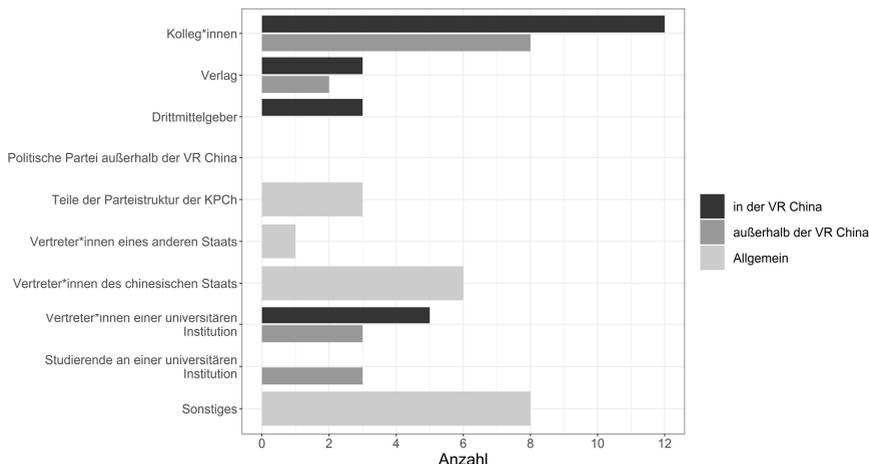
Repressionserfahrungen innerhalb und außerhalb der VR China

Ein Großteil des Fragebogens befasste sich mit Erfahrungen und Herausforderungen, denen Wissenschaftler*innen in ihrer Arbeit zu/mit dem autokratischen China ausgesetzt sind. Hier ging es einerseits darum, die Einschätzungen der allgemeinen Arbeitssituation von Chinawissenschaftler*innen zu ergründen, und andererseits, einen Einblick in die Verbreitung konkreter Repressionserfahrungen unter den Teilnehmenden zu erhalten. Die Teilnehmenden unserer Umfrage berichteten fast ausschließlich von der sogenannten weichen Repression, wobei die Grenze, wie erwähnt, nicht unumstritten ist. Zudem hängt die Wirkungsmacht der sogenannten weichen Repression nicht zuletzt mit der induzierten Angst vor harter Repression zusammen.

(Versuchte) Einflussnahme auf Chinaforschende

Seit 2018/2019 berichten deutsche Zeitungen vermehrt von (versuchter) Einflussnahme chinesischer Regierungsakteure auf deutsche Forschungseinrichtungen (z. B. Stritzel 2021; Scholz 2021; Schiller 2022). Ein prominenter Fall chinesischer Einflussnahme an deutschen Hochschulen war die Absage einer Lesung von Stefan Aust und Adrian Geiges' Buch „Xi Jinping – der mächtigste Mann der Welt“ an den Konfuzius-Instituten Hannover und Duisburg, nachdem der Generalkonsul von China in Düsseldorf, Feng Haiyang, und chinesische Kooperationsinstitutionen der Konfuzius-Institute Druck ausgeübt hatten (Leibniz Universität Hannover 2021; DPA 2021). Dieser Vorgang erlangte zurecht viel Aufmerksamkeit, eignet sich allerdings nicht als Grundlage für Verallgemeinerungen über das Ausmaß (versuchter) Einflussnahme des chinesischen Parteistaats auf die deutschsprachige Chinaforschung, zumal hier das Rederecht von Journalisten im Kontext der Hochschule, nicht aber die reguläre Forschung und Lehre von Hochschulangehörigen eingeschränkt wurde. Um mehr über die letztgenannten Aspekte zu erfahren, erfragten wir in unserer Umfrage unter anderem, ob Teilnehmende je aufgefordert wurden, ihre Forschung oder Lehre ganz oder teilweise aus politischen Gründen zu ändern. 62,1% der Befragten gaben an, dazu noch nie von einem oder mehreren der 14 angegebenen Akteure aufgefordert worden zu sein. Knapp ein Fünftel wählte eine, und 16,1% mehr als eine der möglichen Antworten aus.

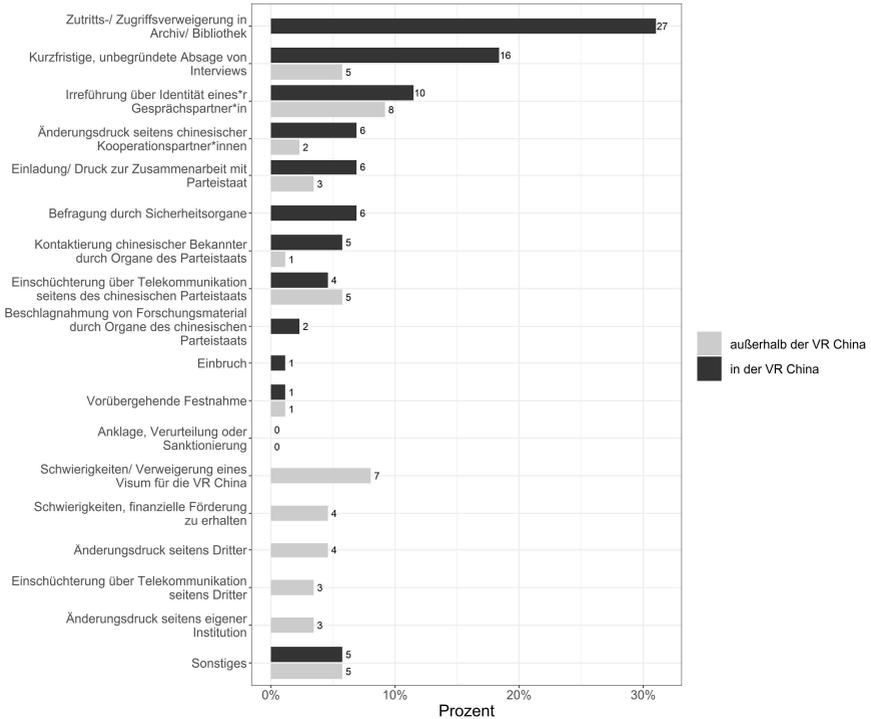
Abbildung 2: Akteure, die zur Zensur auffordern, in und außerhalb der VR China, in absoluten Zahlen



Mit Abstand am häufigsten wurden Teilnehmende von Kolleg*innen in der VR China (13,8%) oder außerhalb der VR China (9,2%) aufgefordert, ihre Lehre oder Forschung teilweise zu ändern. Der Vergleich von Akteuren in bzw. aus der VR China und außerhalb verdeutlicht, dass Zensuraufforderungen weiterhin vorrangig aus der VR China kommen oder innerhalb des Landes ausgesprochen werden. Dennoch ist anzumerken, dass jede der erfragten Erfahrungen von einer recht geringen Anzahl der Befragten gemacht wurde. Besonders häufig waren – wenig überraschend – die Teilnehmenden betroffen, die ihre Forschung als brisant oder sehr brisant einschätzten (64,5% der von Aufforderungen betroffenen Personen).

Wir fragten nach weiteren erlebten Einschränkungen innerhalb und außerhalb der VR China. Insgesamt gaben etwas über die Hälfte der Befragten an, mindestens eine der genannten Erfahrungen (siehe Abbildung 3) innerhalb der VR China gemacht zu haben, während 66,7% der Befragten keine der genannten Erfahrungen außerhalb der VR China machten.

Abbildung 3: Erfahrungen in und außerhalb der VR China, in Prozent und absoluten Zahlen



Die am weitesten verbreitete Einschränkung innerhalb der VR China war die Zugriffsverweigerung zu einem Archiv oder einer Bibliothek. Knapp ein Drittel (31%) aller Teilnehmenden gab an, dies mindestens einmal erlebt zu haben, wobei diese Prozentzahl auf über ein Drittel (38,6%) steigt, wenn nur die Personen betrachtet werden, die Archiv-/Bibliotheksrecherche als Forschungsansatz angegeben hatten. Darauf folgt die kurzfristige und unbegründete Absage von Gesprächspartner*innen (18,4%) und die Irreführung über die Identität einer*s Gesprächspartner*in (11,5%). Berücksichtigt man nur die 51 Personen, die Interviews als Forschungsansatz angaben, liegt der Prozentsatz bei 29,4% aller Personen des Samples, die eine kurzfristige Absage ohne Begründung erhalten haben, und 15,7%, die über die Identität einer*s Gesprächspartner*in irreführt wurden. Hier waren es v. a. mutmaßliche Mitglieder der KPCh oder der Staatssicherheit, die ihre Identität bzw. Parteizugehörigkeit verschwiegen. Sofern staatliche Stellen die Absagen forcierten bzw. die Irreführung zum Zwecke der Überwachung genutzt wurde, handelt es sich um weiche Repressionsformen.

6,9% der Befragten gaben an, von Organen des chinesischen Parteistaats unter Druck gesetzt worden zu sein, mit ihnen zusammenzuarbeiten, und dieselbe Anzahl wurde – wie es oft euphemistisch ausgedrückt wird – „zum Tee eingeladen“. Bei den insgesamt elf Personen handelte es sich überwiegend um Sinolog*innen (zehn von elf Personen) und Teilnehmende, die ihre Arbeit als brisant einstufen (sieben von elf Personen).

Nur wenige Umfrageteilnehmende konnten sicher sagen, von wem genau der jeweilige Druck ausging. Am häufigsten wurde im Kontext von Repressionserfahrungen innerhalb der VR China die Staatssicherheit und/oder die Kommunistische Partei genannt. Bezüglich der Staatssicherheit waren es allerdings in erster Linie chinesische Partner*innen, die nach Kontakt bzw. Kooperation mit ausländischen Partner*innen von Sicherheitsbehörden besucht und ausgefragt wurden. Sechs Umfrageteilnehmende wurden während ihrer Feldforschung von Mitgliedern der Staatssicherheit „zum Tee“ eingeladen, eine Person merkte an, vor über 10 Jahren erfolglos vom chinesischen Geheimdienst angeworben worden zu sein. Parteifunktionäre schienen eher für Absagen von Feldforschung oder Verweigerungen der Zugänge zu Quellen verantwortlich zu sein. So schrieb eine Person, ihre Feldforschung wurde durch einen GemeindeparteiSekretär blockiert, während eine weitere ebenso vermutete, ein lokaler Parteikader habe die kurzfristige Absage ihrer Feldforschung angeordnet.

Auch außerhalb der VR China machte knapp ein Drittel der Befragten mindestens eine der angegebenen Erfahrungen. Neben der Irreführung über die Identität von Gesprächspartner*innen (9,2%) gehörte die Schwierigkeit bzw. Verweigerung eines Visums für die VR China (8%) zu den am meisten genannten Erlebnissen, wobei wiederum nur ein kleiner Teil der Befragten betroffen war. Nur 5,7% der Befragten (fünf Personen) haben Einschüchterung über Telekommunikation seitens mutmaßlich mit dem chinesischen Parteistaat in Verbindung stehender Akteure außerhalb der VR China erlebt (dies waren sowohl Personen mit als auch ohne persönliche Kontakte in die VR China); dennoch spricht dies im Falle tatsächlicher Verbindungen mit dem Parteistaat für eine wiederholt eingesetzte, grenzüberschreitende Repressionsmethode.

Außerhalb Chinas erfuhren drei von 87 Personen Druck seitens der eigenen Institution und vier Teilnehmende seitens Dritter, Inhalte, die sie öffentlich vertreten, oder bestehende Forschungsk Kooperationen zu ändern. Zwei Teilnehmende berichteten von Druck seitens chinesischer Studierender und/oder (mutmaßlich) der chinesischen Botschaft/des chinesischen Konsulats, Veranstaltungen zu ändern bzw. abzusagen. Darüber hinaus berichtete eine Person von der Absage eines geplanten Vortrags an einem Konfuzius-Institut angesichts neuer (für die chinesische Regierung brisanter) politischer Entwicklungen. Eine weitere Person erläuterte, dass ihre Universitätsleitung versucht hatte, ihre Veröffentlichung einer kritischen Stellungnahme zu den Konfuzius-Instituten zu unterbinden. Wenngleich es sich hierbei nur um einzelne Fälle handelt, stellen sie versuchte Einschränkungen in die

Wissenschaftsfreiheit der Forschenden dar.¹² Gleichzeitig gibt es auch gegenteilige Erfahrungen, nämlich dass Universitätsleitungen im universitätsinternen Austausch die Kritik an Konfuzius-Instituten ausdrücklich für legitim erklären und zudem die Pluralität von Einschätzungen in eigenen Haus als Beweis für gelebte Wissenschaftsfreiheit anführen. Insgesamt fällt auf, dass nur eine geringe Anzahl der Teilnehmenden von repressiven Maßnahmen seitens des chinesischen Parteistaats außerhalb der VR China berichtet. Drei Personen gaben an, außerhalb Chinas online von Individuen belästigt und/oder diffamiert worden zu sein. Diese Belästigung ging allerdings nicht vom chinesischen Parteistaat aus, sondern in zwei Fällen von einzelnen Personen bzw. Medien in Deutschland und in einem Fall von mutmaßlich chinesischen Individuen, die nicht mit dem Parteistaat in Verbindung gebracht wurden.

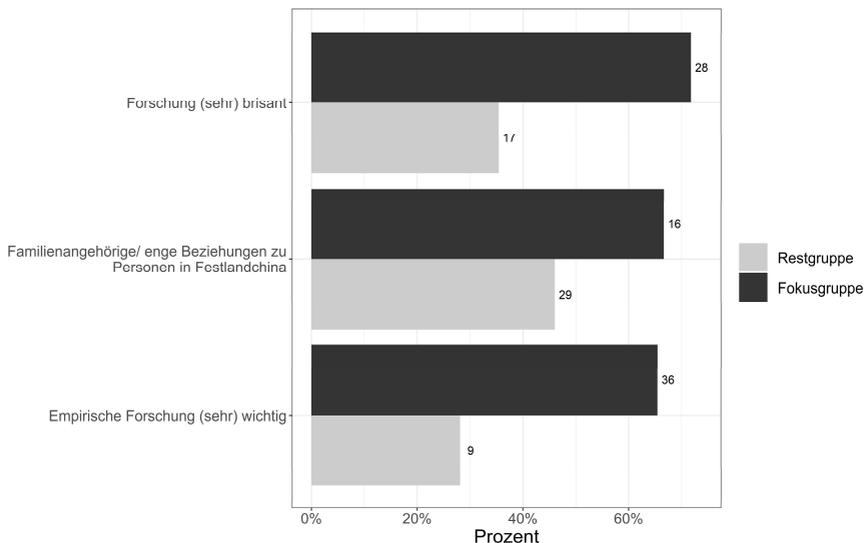
Besonders betroffene Personengruppen

Aus den Umfragedaten lassen sich auch Schlüsse darüber ziehen, welche Personengruppen besonders von Einschüchterung betroffen sind. Es ist nachvollziehbar, dass solche Erfahrungen innerhalb der VR China mit zunehmender Brisanz der Forschungsthemen steigen. 28 der 39 Personen (71,8%), die ihre Forschung als brisant oder sehr brisant einschätzten, gaben an, mindestens eine Repressionserfahrung innerhalb der VR China gemacht zu haben.¹³ Dies liegt deutlich über dem Durchschnitt von 51,7% aller Befragten. Auch außerhalb von China berichten immerhin 25,6% der Personen mit brisanten Forschungsthemen von (vornehmlich weichen) Repressionserfahrungen, während diese Zahl bei Personen mit weniger brisanten Forschungsthemen (oder die keine Angabe zur Brisanz ihrer Forschung gemacht haben) bei 16,7% lag.

12 Art. 27 der 1997 UNESCO *Recommendation concerning the Status of Higher-Education Teaching Personnel* definiert Wissenschaftsfreiheit als: “the right, without constriction by prescribed doctrine, to freedom of teaching and discussion, freedom in carrying out research and disseminating and publishing the results thereof, freedom to express freely their opinion *about the institution or system in which they work*, freedom from institutional censorship and freedom to participate in professional or representative academic bodies” (UNESCO 2007, Hervorhebung durch Autorinnen). Zur Wissenschaftsfreiheit gehört also auch die Freiheit, sich frei zum System, in dem man arbeitet, zu äußern.

13 Die Kausalität könnte in beide Richtungen verlaufen; einerseits könnten Befragte mit politisch brisanter Forschung eher repressive Erfahrungen machen, andererseits könnte die Erfahrung von Repression dazu führen, dass Befragte ihre Forschung daraufhin als brisant einschätzen.

Abbildung 4: Repressive Erfahrungen in der VR China nach Untergruppen, in Prozent und absoluten Zahlen



Eine deutlich größere Korrelation gibt es innerhalb der VR China, wenn wir nur auf die Forschenden schauen, die der empirischen Forschung eine hohe Bedeutung beimessen und demnach vermutlich viel Zeit mit empirischer Forschung verbringen. So machten 65,5% der 55 Personen, die empirische Forschung als entweder wichtig oder sehr wichtig betrachten, mindestens eine der genannten Repressionserfahrungen. Diese Untergruppe erfuhr auch am häufigsten Zugriffsverweigerungen auf Archive oder Bibliotheken (34,5%), gefolgt von unbegründeten Absagen von Gesprächspartner*innen (25,5%).

Hinsichtlich der betroffenen Disziplinen ist auffällig, dass besonders Politikwissenschaftler*innen von Eingriffen in die Wissenschaftsfreiheit berichten. Etwa vier von fünf Politikwissenschaftler*innen machten während ihrer Zeit in China mindestens eine solche Erfahrung. Zum Vergleich: Etwa jede*r zweite der Sinolog*innen erfuhr ähnliche Einschränkungen. Allerdings identifizierte sich insgesamt nur eine relativ geringe Anzahl an Personen, die an der Umfrage teilnahmen, vorrangig als Politikwissenschaftler*in. Dennoch ist diese Auffälligkeit keineswegs überraschend, da politische Themen vom chinesischen Parteistaat als besonders brisant wahrgenommen werden.¹⁴ Außerdem sind Personen mit persönlichen Kontakten in der VR China überdurchschnittlich oft von

¹⁴ Von den 13 Politikwissenschaftler*innen schätzten elf ihre Forschung als „brisant“ oder „sehr brisant“ ein, während zwei ihre Forschung als „kaum brisant“ beurteilten.

Repressionserfahrungen betroffen. 16 der 24 Personen (66,7%) mit persönlichen Kontakten berichteten von Erfahrungen während ihrer Aufenthalte im Land, die wir der sogenannten weichen Repression zuordnen würden. Im Vergleich machten nur 46% (29 von 63 Personen) ohne enge persönliche Kontakte in die VR China gleichwertige Erfahrungen.

Wenn wir die aufgezeigte Korrelation als kausal begründet deuten, was wir für plausibel halten, lassen diese Ergebnisse darauf schließen, dass es mit steigender Brisanz des Forschungsthemas wahrscheinlicher wird, die sogenannten weichen Repressionserfahrungen zu machen, und dass besonders Politikwissenschaftler*innen und/oder Wissenschaftler*innen, die mit Interviews bzw. teilnehmender Beobachtung empirisch forschen, betroffen sind (vgl. auch Greitens und Truex 2020, 361–362). Darüber hinaus machen Personen mit familiären oder engen persönlichen Kontakten in die VR China überdurchschnittlich oft Repressionserfahrungen (vgl. auch Greitens und Truex 2020, 366) – in unserem Sample allerdings keine eindeutig der harten Repression zuzuordnenden Erlebnisse.¹⁵

Reaktionen: Widerstand, Selbstzensur und individuelle Selbstregulierung

Teilnehmende unserer Umfrage reagierten auf erlebte und befürchtete Repression mit Verunsicherung, Widerstand, individueller Selbstregulierung und Selbstzensur. Wir verstehen individuelle Selbstregulierung als die Praxis einer Person, in Antizipation von negativen Konsequenzen öffentlich anders (oft vorsichtiger) zu handeln, als sie es ohne Erwartung solcher Konsequenzen tun würde (Jämte und Ellefsen 2020). Eine Unterart der Selbstregulierung ist die Selbstzensur. Akademische Selbstzensur definieren wir im Rahmen dieser Studie als: „refraining from examining specific research questions, teaching specific topics, or sharing specific theories, evidence or ideas within one’s professional expertise or discipline because of threats or fear of professional, legal or physical retaliation“ (Quinn 2021).¹⁶ Selbstzensur betrachten wir also als eine besondere Form der Selbstregulierung, die durch induzierte Angst vor Repression ausgelöst wird, während andere Arten der Selbstregulierung aus vielfältigeren Gründen praktiziert werden können. Unsere Umfragedaten legen nahe, dass in der Chinaforschung einerseits Sorgen vor Repressionen seitens des chinesischen Parteistaats zu Selbstregulierung im Sinne von Selbstzensur führen. Zudem berichtet ein beachtlicher Anteil der befragten Chinaforschenden von einer anderen Form der Selbstregulierung, die darauf abzielt, sogenannte „soziale Sanktionen“ (Jämte und Ellefsen 2020) im

15 Eine Person berichtete, in den 1990ern und 2000ern auf Grund von Missverständnissen zweimal vorübergehend festgenommen worden zu sein. Die Missverständnisse hätten sich aber innerhalb ca. einer Stunde ausräumen lassen.

16 Da diese Definition von Selbstzensur erst recht spät im Fragebogen auftauchte, bemängelten einige Teilnehmende, dass keine klare Definition des Begriffs „Selbstzensur“ aufgeführt wurde.

Rahmen einer polarisierten öffentlichen Debatte bzw. auch in der eigenen Wissenschaftscommunity zu vermeiden.

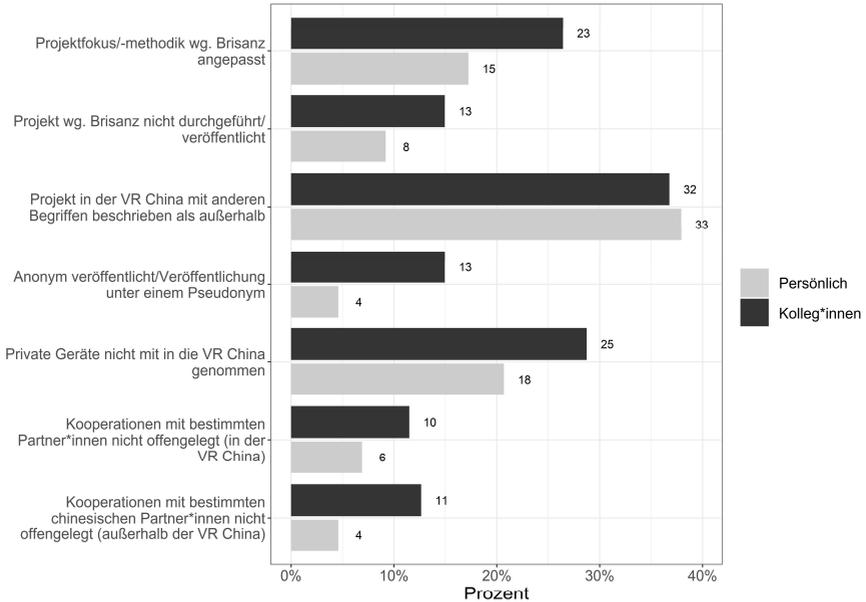
Reaktionen auf wirkliche und befürchtete Repression von Seiten des chinesischen Parteistaats: Widerstand und Selbstzensur

Wie oben beschrieben gaben 35,6% der Befragten an, in der Vergangenheit von einem oder mehreren der 14 angegebenen Akteure (siehe Abbildung 2) aufgefordert worden zu sein, ihre Forschung oder Lehre aus politischen Gründen zu ändern. Knapp die Hälfte dieser Personen besprach die Problematik mit den beteiligten Akteuren, während knapp ein Viertel mit ihrer Institution darüber sprach. 14 der 31 Personen gaben an, die Forderung teilweise oder vollständig umgesetzt zu haben, während drei Personen mit Widerstand reagierten, indem sie die Kooperation beendeten.¹⁷

Knapp ein Zehntel gab an, in der Vergangenheit ein bestimmtes Projekt wegen Bedenken bezüglich der politischen Brisanz nicht durchgeführt bzw. veröffentlicht zu haben, und 17,2% bestätigten, in der Vergangenheit die Methodik bzw. den Fokus eines Projektes angepasst zu haben. Mehr als doppelt so viele (37,9%) gaben an, das eigene Projekt in der VR China mit anderen Begriffen beschrieben zu haben als außerhalb. Unter den Personen, die ihre Forschung als brisant oder sehr brisant einschätzten, waren es 61,5%.

17 Ein Stichwort, das im Zusammenhang mit Aufforderungen zur (Selbst-)Zensur mehrmals genannt wurde, war Xinjiang. Drei Personen gaben an, geplante Projekte zu Xinjiang nicht durchgeführt zu haben, eine davon auf Anweisung einer weiteren Person.

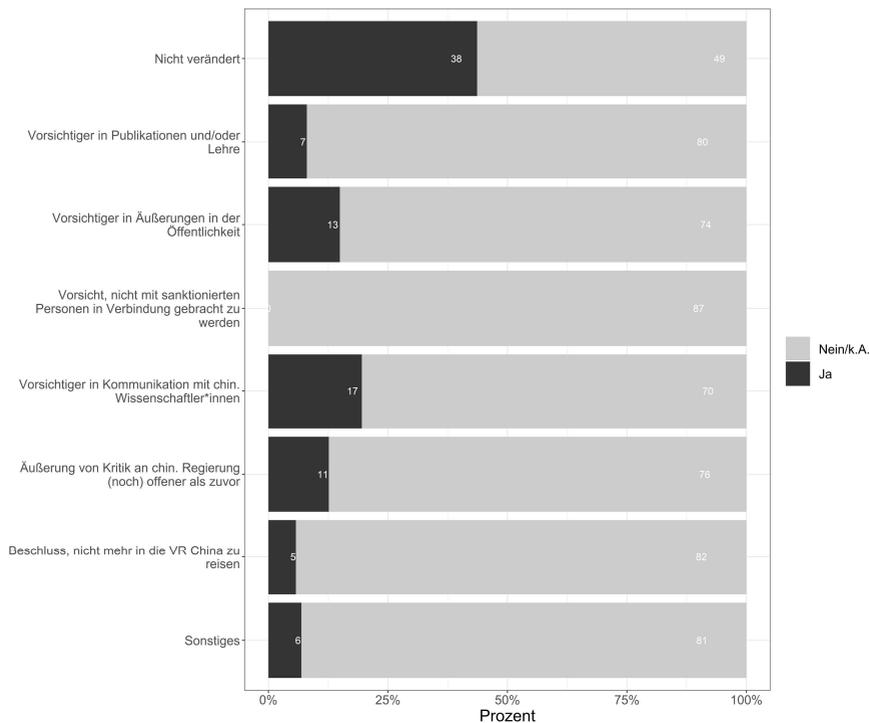
Abbildung 5: Strategien, persönlich und von Kolleg*innen, in Prozent und absoluten Zahlen



Antworten in offenen Textfeldern geben Aufschluss über die Überlegungen einzelner Personen bezüglich Selbstzensur, erlebter oder befürchteter Repression und anderen Herausforderungen in ihrer Arbeit. Folgendes Zitat verdeutlicht, dass Furcht vor möglichen Repressionen nicht immer automatisch zu Selbstzensur führt: „Ich habe eine vage Angst, von der chinesischen Regierung angegriffen zu werden. Allerdings ist das so unberechenbar, dass es keinen Einfluss auf meine Forschung oder öffentlichen Kommentare hat“.

Antworten auf unsere Frage nach Reaktionen auf die chinesischen Sanktionen vom März 2021, die zehn Individuen und vier Institutionen in Europa trafen, u. a. das Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin, bestätigen dies. Die Frage, ob die Sanktionen ihre Risikoeinschätzung veränderten, negierten 43,7% der Befragten. Während knapp ein Fünftel vorsichtiger in der Kommunikation mit chinesischen Wissenschaftler*innen wurde und 13 der 87 Teilnehmenden in ihren öffentlichen Äußerungen bewusst vorsichtiger auftraten, äußern elf Befragte stattdessen ihre Kritik (noch) offener als zuvor. So reagierten Befragte teilweise mit Vorsicht aus Furcht vor zukünftigen Schwierigkeiten und teilweise mit Widerstand gegen unzulässigen Druck und/oder Repression.

Abbildung 6: Zustimmung zu Aussagen über Sanktionen, in Prozent und absoluten Zahlen



Ein recht verbreitetes – und kontrovers diskutiertes – Reaktionsmuster auf (befürchtete) Repression ist die Selbstzensur. 16,1% der Befragten gaben an, bestimmte Begriffe oder Inhalte aus Sorge vor Nachteilen für sich selbst, enge Partner*innen oder Familienangehörige bewusst nicht in ihren Publikationen oder Vorträgen zu erwähnen, während 69% diese Aussage verneinten. Als Themen, die bewusst nicht erwähnt werden, wurden u. a. Taiwan, Menschenrechte, Tibet, *liu-si* (Tian’anmen-Massaker) und Totalitarismus, oder – wie es ein*e Teilnehmer*in formulierte: „die üblichen Verdächtigen (Tibet, Taiwan etc.)“ – genannt. Wenn Personen sich zensierten, erklärten sie dies oft mit Verweis auf den Schutz anderer Personen und machten damit auf die Notwendigkeit aufmerksam, zwischen unterschiedlichen Arten von (und Motivationen hinter) Selbstzensur zu unterscheiden. So schrieb eine weitere Person: „Schutz von chinesischen Partnern innerhalb und außerhalb der VR China hat Vorrang vor allen anderen forschungsethischen Erwägungen“. Ähnlich sah es eine weitere Person, die erläuterte: „Selbstzensur sollte sich grundsätzlich forschungsethisch begründen

lassen: Schutz von Quellen und Dritten, Entwicklung von Verständnis für das Gegenüber usw.“.

Während einige die Notwendigkeit der Selbstzensur für die eigene Sicherheit ansprachen, bemerkten andere, nur zum Schutz anderer Personen Selbstzensur betreiben zu wollen. Eine Person argumentierte so:

Aussagen die der politischen Linie in China sehr zuwiderlaufen können nicht nur einem selbst schaden (das ist an sich ein hinnehm[bar]es Risiko wenn man in Deutschland lebt und arbeitet, zumindest [in meinen] Augen), sie könnten auch chinesischen Freunden oder Kollegen schaden.

Eine weitere Person sprach die besonders vulnerable Position von im Ausland lebenden Chines*innen an:

Nicht nach China einreisen zu können, würde nicht nur einen Verlust des empirischen Zugangs bedeuten, sondern auch den Verlust des Kontakts mit Familien und Kindheitsfreunden. Während der berufliche Verlust eventuell durch einen Berufswechsel kompensiert werden kann, fällt der private Verlust viel herber aus.

Andere machten in diesem Zusammenhang auf die Praxis des bewussten Formulierens, des Framings bzw. sogar des „Kodierens“ aufmerksam. Wo genau Selbstzensur anfange und aufhöre, könne man nicht immer eindeutig beantworten. Eine Person argumentierte, dass es sich „bis zu einem gewissen Grad [um] Diplomatie und nicht Selbstzensur“ handle. Eine weitere lud dazu ein, „zu differenzieren zwischen ‚Selbstzensur‘ und der Kunst, problematische Sachverhalte diplomatisch zu erörtern“. Eine dritte sprach von „Codes“, die man auf beiden Seiten kennen sollte. Warum ein gewisses Framing oder sogar Selbstzensur in manchen Situationen gerechtfertigt sei, beschreibt eine weitere Person wie folgt:

Selbstzensur im Sinne der obigen Definition [von Quinn 2021] is[t ein] no go. Ich würde aber, wenn in China, ggf. bestimmte Dinge reframed oder nicht ansprechen, wenn ich dadurch chinesische Kolleg*innen gefährde. Das fällt für mich aber explizit nicht unter Selbstzensur, sonder[n] unter menschliche Fürsorge.

Dieser Einblick in offene Antworten macht deutlich, dass der Schutz von Kolleg*innen in China für viele Umfrageteilnehmende eine herausragende Rolle in der Entscheidung für oder gegen Selbstzensur spielt. Diese Sicht teilen auch Wissenschaftler*innen aus anderen Disziplinen, die Selbstzensur zum Schutz anderer ebenso unter forschungsethischen Gesichtspunkten diskutieren (Glasius et al. 2018, 41; Grimm et al. 2020, 45–46). Es gab allerdings auch konträre Einschätzungen zu Selbstzensur, wie: „Wenn man Wissenschaft [be]treiben möchte, aber Selbstzensur dabei ausübt, kann man es auch gleich bleiben lassen“ und „Integrität beginnt dabei, sich die mangelnde Integrität bzw. Selbstzensur erst einmal selbst einzugestehen; dies tun viele KollegInnen nicht, wodurch auch dieser Fragebogen verzerrt werden wird“.

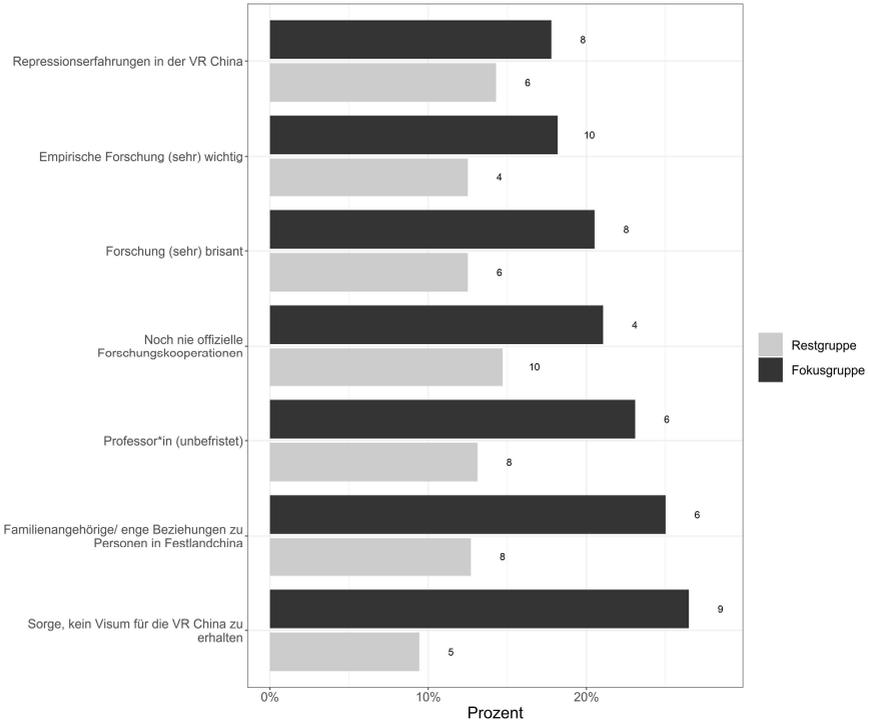
Unabhängig davon, wie Einzelne die Praxis der Selbstzensur forschungsethisch beurteilen, bleibt festzuhalten, dass die Selbstzensur den Erkenntnisgewinn und einen offenen wissenschaftlichen Austausch erschwert. Zweifellos sind die Ergebnisse dieser Erhebung auch ein Beleg dafür, dass die Repressionspraxis des chinesischen Parteistaates grenzüberschreitende Auswirkungen hat. Inwiefern diese Auswirkungen auch zu unbewusster Selbstzensur unter deutschsprachigen Chinaforschenden führen, zum Beispiel bei der Wahl und Ausgestaltung des eigenen Forschungsinteresses, ist empirisch schwer zu erfassen. Besonders die Strategie der KPCh, absichtlich Unsicherheiten über die Grenzen akzeptabler Handlungen aufrechtzuerhalten (Stern und Hassid 2012, 1245), führt dazu, dass Betroffene unsicher sind, welche Handlungen überhaupt zu Schwierigkeiten für sie selbst oder ihre Kontakte führen könnten. Eine Person fasste die von ihr erlebten Herausforderungen wie folgt zusammen:

Das Schlimme mit der Selbstzen[s]ur ist, dass ich selber auch nicht weiß, wo die rote Linie wirklich liegt oder in der Zukunft liegen wird. Da die Sanktionen der chinesischen Regierung auch rückwirkend sein können, bedenke ich nicht nur die aktuellen politischen Richtlinien, sondern auch die künftigen.

Dies kann dazu führen, dass sich Chinawissenschaftler*innen mehr einschränken, als es wirklich notwendig wäre, um zum Beispiel weiterhin ein Visum für die VR China zu erhalten. Personen, die befürchten, in Zukunft kein Visum für die VR China zu erhalten, scheinen sich besonders stark selbst zu zensieren – 26,5% (9 von 34 Personen) gaben an, einzelne Begriffe zu zensieren,¹⁸ während sich nur 9,4% der Restgruppe (5 von 53 Personen) in dieser Form selbst zensierten. Ein ähnlich großer Anteil der Menschen mit familiären oder anderen engen persönlichen Beziehungen (25% oder 6 von 24 Personen) zensieren einzelne Begriffe oder Inhalte ihrer Arbeit, was deutlich über den 16,1% der gesamten Erhebungsgruppe (14 von 87) liegt.

18 Darunter waren drei (der insgesamt sieben) Personen, die in der Vergangenheit Schwierigkeiten bei einer Visumsbeantragung bzw. eine Visumsverweigerung erlebt haben.

Abbildung 7: Verbreitung Selbstzensur nach Untergruppen, in Prozent und absoluten Zahlen



Bezüglich der akademischen Position ergab unsere Umfrage, dass sich unbefristete Professor*innen öfter als alle anderen befragten universitären Berufsgruppen bewusst selbst zensieren. Ein kausaler Zusammenhang dieser Korrelation ist allerdings nicht offensichtlich und müsste genauer untersucht werden. Es könnte sein, dass diese Gruppe die Selbstzensur im Laufe der Zeit stärker normalisiert hat als jüngere Kolleg*innen und sich daher tatsächlich stärker mit Kritik zurückhält. Wir müssen auch davon ausgehen, dass diese Personen tendenziell mehr enge Kontakte nach China haben als jüngere Personen, und demnach mehr Anlass für eine ethisch begründbare Form von Selbstzensur. Wenn wir zusätzlich davon ausgehen, dass die Praxis der Selbstzensur als ein unerwünschtes Verhalten im deutschsprachigen Raum angesehen wird und Umfrageteilnehmende daher eine gewisse Hemmschwelle haben könnten, Selbstzensur zuzugeben, kann dieses Ergebnis allerdings auch als ein besonders ehrlicher Umgang mit dem schwierigen Thema Selbstzensur unter erfahreneren Kolleg*innen gedeutet werden.

Reaktionen auf eine polarisierte Chinawissenschaft: Selbstregulierung zur Vermeidung von sozialen Sanktionen

Neben Selbstzensur in Reaktion auf (befürchtete) Repression oder Benachteiligung durch den chinesischen Parteistaat machten die offenen Antworten einiger Befragter deutlich, dass auch die zunehmende Polarisierung der deutschsprachigen Chinawissenschaft Einfluss auf ihre Arbeit hat und teilweise zu Selbstregulierung führt. So sprachen mehrere Personen weniger vom Druck durch den chinesischen Parteistaat, sondern erwähnten, Kritik von Akteuren außerhalb der Volksrepublik zu befürchten.¹⁹ Unter anderem verdeutlicht der folgende Kommentar, dass die Antizipation von sozialen Sanktionen unter einigen Chinawissenschaftler*innen einen Einfluss darauf zu haben scheint, wie bzw. ob sie sich in der Öffentlichkeit zu ihrem Forschungsthema China äußern:

Ich halte mich bzgl. öffentlichen Äußerungen (abgesehen von Publikationen) zurück, um nicht ins Kreuzfeuer einer Partei zu geraten („China“, chinesische Nationalisten, die politischen Aktivisten unter den Chinawissenschaftlern und Journalisten, allgemeine „hate speaker“).²⁰

Einige Befragte bedenken also nicht (nur) die Möglichkeit, ins Visier der KPCh zu geraten, sondern schränken sich in ihren öffentlichen Aussagen auch in Erwartung von übergreifender Kritik durch Dritte ein.²¹ Es ist bemerkenswert, dass über die Hälfte (51,7%) der Personen, die die Möglichkeit, im Kontext einer polarisierten Debatte über China öffentlich in die Kritik zu geraten, als eine der drei größten derzeitigen Herausforderungen in der deutschsprachigen Chinawissenschaft betrachteten, zur Zeit der Umfrage entweder als Doktorand*innen oder Postdoktorand*innen arbeiteten.²² In anderen Worten scheinen besonders Wissenschaftler*innen in der Qualifikationsphase soziale Sanktionen zu befürchten.

Für uns auf den ersten Blick überraschend ist ein Umfrageergebnis zur Einschätzung der Forschungs- und Kooperationsbedingungen seit dem Machtantritt von Xi Jinping 2012/2013: Während der Großteil der Teilnehmenden eine generelle Verschlechterung feststellte, gab mehr als ein Drittel der Befragten (35,6%) an,

19 Zum Beispiel schrieb eine Person: „Ich spüre eher den Druck, mich bei Vorträgen immer auch zu Themen wie Xinjiang/Taiwan zu äußern, die eigentlich nichts mit meiner Forschung zu tun haben, einfach um die Möglichkeit des Vorwurfs vorwegzunehmen, nicht kritisch genug zu sein“. Eine weitere erwähnte, eine „Abstempelung als naiver ‚China-Versteher‘ durch deutsche/westliche Kollegen“ zu befürchten.

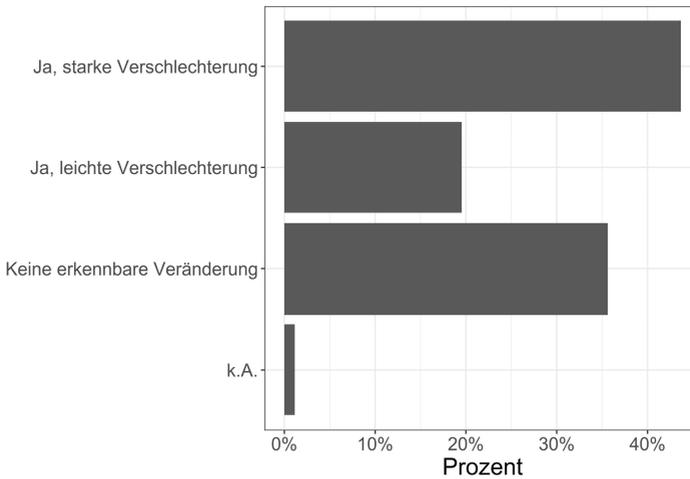
20 Eine andere Person beschrieb: „Neben den Tendenzen innerhalb der chinesischen Führung, mache ich mir zur Zeit am meisten Sorgen über Tendenzen einiger Chinawissenschaftler eine Art politisches policing von Forschungsthemen auf der anderen Seite einzuführen und gegen Kooperation mit chinesischen Partnern zu wettern“. Dieser Kommentar spielt weniger auf self-policing an (wozu Selbstzensur zählt), sondern sieht besonders ein policing von außen (im Sinne von Zensur).

21 Besonders bei der Wissenschaftskommunikation in den sozialen Medien gaben Teilnehmende an, vorsichtig zu sein, da, wie eine Person schrieb, „Aussagen in die eine oder andere Richtung instrumentalisiert werden können“.

22 Doktorand*innen und Postdoktorand*innen machen knapp ein Drittel (32,2%) des Gesamtamples aus.

keine erkennbare Veränderung wahrzunehmen. Dieses Ergebnis erscheint uns insofern erklärungsbedürftig, als die VR China unter Xi Jinping autokratischere Züge angenommen hat (Pils 2020), was auch Einfluss auf die Wissenschaftsfreiheit in China – und Kooperationen mit ausländischen Wissenschaftler*innen – hat (Bertelsmann Stiftung 2022; Pringle und Woodman 2022; Kinzelbach et al. 2023).

Abbildung 8: Einschätzung der Bedingungsveränderungen seit Xi, in Prozent



Mit Blick auf die Methodenvielfalt und inhaltliche Breite der Chinastudien lässt sich das Ergebnis jedoch kontextualisieren.²³ Das Fach Chinastudien beherbergt eine diverse Gruppe an Wissenschaftler*innen, die teils allein der geografische Fokus auf China eint. Unter anderem beschäftigen sich zahlreiche Chinawissenschaftler*innen mit Themen, die nicht die aktuelle Volksrepublik China betreffen, oder wenden Methoden an, die wenig bis gar nicht von den Veränderungen im Politik- und/oder Wissenschaftsklima der VR China betroffen sind. Unsere Daten bestätigen, dass unter den 31 Befragten, die keine Veränderungen in den Forschungs- und Kooperationsbedingungen erkennen, überdurchschnittlich viele Umfrageteilnehmende sind, die empirische Forschung für ihre Arbeit als (kaum) wichtig betrachten (48,4%, verglichen mit 33,3% des Gesamtsamples), ihre Forschung als kaum oder nicht brisant einschätzen (64,5%, verglichen mit 50,6% des Gesamtsamples) und weder privat noch offiziell mit chinesischen Partner*innen kooperieren/kooperiert haben (22,6%, verglichen mit 8% des Gesamtsamples). Dies lässt darauf schließen, dass diese Personen ggf. weniger Einblicke in die Kooperations- und Forschungsbedingungen mit der VR China haben könnten bzw.

²³ Wir danken den anonymen Begutachter*innen für diesen wichtigen Einwand.

weniger persönlich davon betroffen sind. Dieser Befund deckt sich mit unserer Erwartung, dass unterschiedliche Personengruppen ungleich von grenzüberschreitender Repression betroffen sind.

Gleichwohl können wir nicht ausschließen, dass dieses – und andere – Ergebnisse von der beschriebenen Kontroverse in der deutschsprachigen Chinawissenschaft beeinflusst sind und Umfrageteilnehmende möglicherweise auch taktische Urteile abgaben. Chinawissenschaftler*innen diskutieren u. a. über die Frage, ob man unter den sich verschlechternden Bedingungen innerhalb der VR China noch mit chinesischen Institutionen und Forschenden zusammenarbeiten sollte, da diese nicht unabhängig von der KPCh handeln können (z. B. Fulda 2021a; Alpermann und Schubert 2022; Fulda et al. 2022; Roetz 2022). In Anbetracht dessen könnte es sein, dass einzelne Personen, die eine Aufrechterhaltung der akademischen Zusammenarbeit mit chinesischen Partner*innen befürworten, eine Verschlechterung der Kooperations- und Forschungsbedingungen nicht eingestehen wollten, um der anderen Seite keine Argumente zu liefern.²⁴ So schrieb eine Person, sie „fände es sehr bedauerlich, wenn die Ergebnisse [der] Untersuchung eine Beendigung der deutsch-chinesischen Forschungsarbeit und die Unterstützung durch deutsche Förderinstitutionen bewirken würden“. Einzelne Teilnehmende wandten *whataboutism* an,²⁵ indem sie in der Umfrage Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika kritisierten, wengleich die USA nicht der Forschungsgegenstand dieser Studie waren.²⁶

Eine mögliche Verzerrung der Erhebung im Zuge der polarisierten Debatte kann durch die Selbstselektion der Teilnehmenden noch verschärft worden sein, insofern als sich möglicherweise besonders Personen mit sehr festgefügten oder extremen Meinungen und Ansichten zu Wort meldeten, während Personen, die sich im Meinungsspektrum in der Mitte ansiedeln, möglicherweise unterrepräsentiert sind. Dem steht entgegen, dass 37 der 87 Teilnehmenden keinerlei qualitative Antworten gaben – und auch viele der 50 Personen mit qualitativen Antworten nicht explizit auf die laufende Debatte eingingen.

24 In diesem Zusammenhang bemerken Habich-Sobieggalla und Steinhardt (2022): „a group of senior Sinologists specializing in cultural studies and history appear to neglect these problems [regarding the Chinese government’s increasing domestic repression and growing inclination to project state punishments abroad and onto foreigners] entirely“.

25 Cambridge Dictionary definiert *whataboutism* als „the practice of answering a criticism or difficult question by making a similar criticism or asking a different but related question, typically starting with the words ‘What about?’“ (Cambridge Dictionary 2023). Der Begriff wird zunehmend auch im deutschen Sprachgebrauch genutzt.

26 Es wurde unter anderem bemängelt, dass der Fragebogen nicht auch Sicherheitsbedenken bei Reisen in die USA erfragte. Dies erschien uns als Autorinnen einer Studie zu Erfahrungen und Repressionen unter Chinawissenschaftler*innen als unnötig.

Fazit

Die VR China wird unter Xi Jinping zunehmend repressiv regiert. Während nach wie vor in erster Linie chinesische Staatsbürger*innen davon betroffen sind, verdeutlichten besonders der jüngste Erlass neuer Gesetze und die chinesischen Sanktionen gegen europäische Wissenschaftler*innen und Forschungsinstitute im März 2021, dass der Parteistaat auch außerhalb seiner territorialen Grenzen repressiv wirkende Maßnahmen ergreift. Der Abbruch physischer Kontakte im Stil von Forschungsk Kooperationen und Feldforschung in China als Folge des COVID-19-Ausbruchs im Winter 2019/2020 erschwerte die Arbeitsbedingungen in einem sich ohnehin immer weiter abschottenden Land erheblich. Diesen Dynamiken steht die immer wichtiger werdende Rolle Chinas in der Weltpolitik, -wirtschaft und Wissenschaft gegenüber. In diesem Zusammenhang wird die Frage, wie und ob mit der Volksrepublik China kooperiert werden soll, nicht nur in politischen und wirtschaftlichen Kreisen diskutiert, sondern auch in der Wissenschaft.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Umfragedaten geben Einblicke in die Arbeitssituation deutschsprachiger Chinawissenschaftler*innen, mit einem Schwerpunkt auf repressiven Erfahrungen innerhalb und außerhalb der VR China sowie anderen Formen von erlebtem Druck. Wenngleich Verzerrungen in einer auf Selbstselektion beruhenden Umfrage grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden können, gehen die hier vorgestellten Daten zur Chinaforschung im deutschsprachigen Raum über die bisher vorliegenden, oftmals rein anekdotischen Schilderungen deutlich hinaus und bieten einen guten Überblick zu den vieldiskutierten, aber bisher noch kaum dokumentierten, grenzüberschreitenden Repressionsversuchen des chinesischen Parteistaats sowie den Umgang damit in Forschung und Lehre.

Unsere Daten zeigen, dass die Sorge vor möglichen zukünftigen Problemen greifbar ist, die große Mehrheit der Erhebungsgruppe bisher aber keine harte Repression (Freiheitsentzug u. ä.) erfahren hat. Über die Hälfte der Umfrageteilnehmenden berichtete von unterschiedlichen Erfahrungen mit der sogenannten weichen Repression. Besonders betroffen sind Personen, die empirisch arbeiten, zu brisanten Themen forschen und/oder Familienangehörige in der VR China haben. Wenngleich der Übergang zwischen der weichen und harten Repression fließend sein kann, so ist unserer Einschätzung nach eine plötzliche und dramatische Eskalation der grenzüberschreitenden Einschüchterungsstrategie seitens des chinesischen Parteistaats eher unwahrscheinlich, da wir von der Prämisse ausgehen, dass Repressionsentscheidungen einem rationalen Kalkül folgen. Nachdem die Chinaforschung im deutschsprachigen Raum keine nennenswerte Bedrohung für die Regimestabilität in China darstellt, und Peking kein offensichtliches Interesse an einer diplomatischen Verwerfung mit Berlin hat, erscheint eine Eskalation nicht im Interesse des Parteistaats. Gleichwohl kann eine (punktuelle) Intensivierung der grenzüberschreitenden Repression nicht ausgeschlossen werden, insbesondere gegenüber international einflussreichen, offen regimekritischen Akademiker*innen.

Zudem hat die Neufassung des Anti-Spionage-Gesetzes jüngst eine neue Rechtsgrundlage zum Beispiel für Ausreisesperren geschaffen, die im Prinzip auch Wissenschaftler*innen aus dem Ausland treffen könnte, die sich in China aufhalten. Zum Beispiel im Kontext einer diplomatischen Krise mit Vergeltungsmaßnahmen wäre eine solche Eskalation nicht auszuschließen.

Wie Chinaforschende mit dem Repressionsapparat des chinesischen Parteistaats umgehen können und sollten, bleibt eine schwierige Frage. Die Teilnehmenden unserer Umfrage berichten von verschiedenen Bewältigungsstrategien inklusive Selbstzensur, aber auch Widerstand gegen Selbstzensur. Im Vergleich mit vorhandenen Daten aus dem angloamerikanischen Raum (Greitens und Truex 2020) deuten unsere Daten darauf hin, dass ein erheblich geringerer Teil der China-Wissenschaftler*innen im deutschsprachigen Raum die Selbstzensur als ein Problem in ihrem Forschungsgebiet betrachtet. Wenngleich die beiden Datensätze nicht ohne Weiteres verglichen werden können, weil in beiden Fällen eine Selbstselektion stattfand und Repräsentativität daher nicht gewährleistet ist, bleibt die Diskrepanz erklärungsbedürftig. Sie könnte daran liegen, dass besonders vulnerable Personen, insbesondere gebürtige Chines*innen, in der deutschsprachigen Chinaforschung weniger vertreten sind als im angloamerikanischen Raum. Wir möchten betonen, dass die Selbstzensur auch im deutschsprachigen Raum keinesfalls tabuisiert wird; die von uns befragten Personen erläuterten in offenen Antwortfeldern ihre Praxis der Selbstzensur differenziert. Deutlich wird, dass sie ihre bewusste Selbstzensur forschungsethisch begründen und insbesondere anwenden, um Kontakte in/aus China zu schützen.

Zusätzlich suggerieren die Umfragedaten, dass ein zunehmend polarisiertes Klima und die damit verbundene Antizipation von sogenannten sozialen Sanktionen (Jämte und Ellefsen 2020) seitens der deutschsprachigen (Fach-)Öffentlichkeit zu Selbstregulierung in der Chinaforschung führt. Allerdings setzen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die beteiligten Chinawissenschaftler*innen die öffentliche und möglicherweise unfaire Auseinandersetzung mit Kolleg*innen, Journalist*innen oder Politiker*innen im deutschsprachigen Raum nicht mit den repressiven Praktiken des chinesischen Parteistaats gleich.

Es wäre hilfreich, in Zukunft noch offenere Debatten über das Wann, Wie und Warum der Selbstregulierung und der Selbstzensur zu führen; in solchen Debatten sollte auch das wiederholt formulierte Argument, die Selbstzensur sei zum Schutz Dritter notwendig (und daher alternativlos?) ausführlicher diskutiert werden, da auch eine ethisch nachvollziehbare Selbstzensur die Chinaforschung behindert.²⁷ Die hier vorgestellten Umfrageergebnisse könnten als weiterer Impuls für die Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema dienen. Während Chinawissenschaftler*innen auch in Zukunft kaum Einfluss auf das autokratische

27 Für ausführlichere Diskussionen zum Thema Selbstzensur in den Chinastudien und einem forschungsethisch sowie menschenrechtlich adäquaten Umgang damit siehe z. B. Alpermann (2022); Kinzelbach and Pils (2023).

System der VR China und damit verbundene mögliche Repression haben werden, können sie dennoch beeinflussen, inwiefern ein Klima geschaffen bzw. forciert wird, in dem sich Wissenschaftler*innen nicht (auch noch) in Antizipation von sozialen Sanktionen selbstregulieren.

Literatur

- Ahlers, Anna L. und Thomas Heberer. 2021. „Auf Augenhöhe? Wissenschaftskooperation mit der Volksrepublik China“. *Forschung & Lehre* 9: 740–742.
- Alpermann, Björn. 2022. „Ethics in Social Science Research on China“. *Made In China*. 27. Juni. Aufruf am 24.05.2023. <https://madeinchinajournal.com/2022/06/27/ethics-in-social-science-research-on-china/>.
- Alpermann, Björn und Nadine Godehardt. 2022. „Deutsch-chinesische Beziehungen: Jeder gute Garten will gedüngt sein“. *Tagesspiegel*. 8. September. <https://www.tagesspiegel.de/meinung/deutsch-chinesische-beziehungen-jeder-gute-garten-will-gedungt-sein-8621146.html>.
- Alpermann, Björn und Gunter Schubert. 2022. „Gegen das moralische Kreuzrittertum“. *FAZ*. 9. März: 4.
- Aras, İlhan. 2022. „Understanding China Through Sharp Power: Dragon’s Teeth?“. *İçtimaiyat Sosyal Bilimler Dergisi* 6 (2), 623–635. <https://dergipark.org.tr/en/download/article-file/2649440>.
- Bertelsmann Stiftung. 2022. „BTI 2022 China Country Dashboard“. Aufruf am 10.08.2022. <https://bti-project.org/de/reports/country-dashboard/CHN>.
- Bislev, Ane. 2017. „Student-to-Student Diplomacy: Chinese International Students as a Soft-Power Tool“. *Journal of Current Chinese Affairs* 46 (2): 81–109.
- Cambridge Dictionary. 2023. „whataboutism“. Aufruf am 24.05.2023. <https://dictionary.cambridge.org/dictionary/english/whataboutism>.
- Chubb, Andrew. 2022. „Rights Protection: How the UK Should Respond to the PRC’s Overseas Influence“. *Lau China Institute Policy Series 2022 China in the World* (2). Aufruf am 02.05.2023. <https://www.kcl.ac.uk/lci/assets/policypaper0222-rights-protection-how-the-uk-should-respond-to-the-prcs-overseas-influence-final.pdf>.
- Diefenbach, Thilo. 2022. „Die Diskussion um die moralische Positionierung der deutschen Sinologie – von Taiwan aus betrachtet. Ein Kommentar zur Ausgabe Nr. 32 der minima sinica“. Vorabveröffentlichung aus ASIEN 162/163. Aufruf am 22.11.2022. <http://asien.asienforschung.de/asien-preprint-162-163-ein-kommentar-zur-ausgabe-nr-32-der-minima-sinica-diefenbach/>.
- DPA. 2021. „Abgesagte Lesung über Xi Jinping findet nun doch statt“. *Süddeutsche Zeitung*. 26. Oktober. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/literatur-hannover-abgesagte-lesung-ueber-xi-jinping-findet-nun-doch-statt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-211026-99-740934>.
- Dukalskis, Alexander, Saipira Furstenberg, Yana Gorokhovskaia, John Heathershaw, Edward Lemon und Nate Schenkan. 2022. „Transnational Repression: Data Advances, Comparisons, and Challenges“. *Political Research Exchange* 4 (1).
- Fulda, Andreas. 2021a. „Rote Linien längst überschritten“. *Forschung & Lehre* 9: 744–745.
- Fulda, Andreas. 2021b. „The Chinese Communist Party’s Hybrid Interference and Germany’s Increasingly Contentious China Debate (2018–21)“. *Journal of the European Association for Chinese Studies* 2. Aufruf am 17.01.2022. <https://journals.univie.ac.at/index.php/jeacs/article/view/6564/6622>.

- Fulda, Andreas und David Missal. 2021a. „Mitigating Threats to Academic Freedom in Germany: The Role of the State, universities, Learned Societies and China“. *The International Journal of Human Rights*: 1–19.
- Fulda, Andreas und David Missal. 2021b. „German Academic Freedom Is Now Decided in Beijing“. *Foreign Policy*, 28. Oktober. <https://foreignpolicy.com/2021/10/28/germany-china-censorship-universities-confucius-institute/>.
- Fulda, Andreas, Mareike Ohlberg, David. Missal, Horst Fabian und Sascha Klotzbücher. 2022. „Grenzenlos kompromissbereit?“. *FAZ*, 16. März. <https://zeitung.faz.net/faz/geisteswissenschaften/2022-03-16/grenzenlos-kompromissbereit/736583.html>.
- Furstenberg, Saipira, Edward Lemon und John Heathershaw. 2021. „Spatialising State Practices through Transnational Repression“. *European Journal of International Security* 6 (3): 358–378.
- Generalbüro des KPCh Zentralkomitees, Generalbüro des Staatsrates. 2015. *Guanyu jin yi bu jiaqiang he gajin xin xingshi xia gaoxiao xuanchuan sixiang gongzuo de yijian [Ansichten zur weiteren Stärkung und Verbesserung der Propaganda und ideologischen Arbeit im Hochschulwesen unter den neuen Bedingungen]*. Aufruf am 30.11.2022. http://www.gov.cn/xinwen/2015-01/19/content_2806397.htm.
- Gerschewski, Johannes. 2013. „The Three Pillars of Stability: Legitimation, Repression, and Co-optation in Autocratic Regimes“. *Democratization* 20 (1): 13–38.
- Glasius, Marlies. 2018. „Extraterritorial Authoritarian Practices: A Framework“. *Globalizations* 15 (2): 179–197.
- Glasius, Marlies, Meta de Lange, Jos Bartman et al. 2018. *Research, Ethics and Risk in the Authoritarian Field*. Cham: Springer International Publishing.
- Greitens, Sheena C. und Rory Truex. 2020. „Repressive Experiences among China Scholars: New Evidence from Survey Data“. *The China Quarterly* 242: 349–375.
- Grimm, Jannis, Kevin Koehler, Ellen M. Lust, Ilyas Saliba und Isabell Schierenbeck. 2020. *Safer Field Research in the Social Sciences: A Guide to Human and Digital Security in Hostile Environments*. SAGE Publications.
- Habich-Sobieggalla, Sabrina und H. Christoph Steinhardt. 2022. „Debating Academic Autonomy in the German-Speaking Field of China Studies: An Assessment“. Vorabveröffentlichung aus ASIEN 162/163. *ASIEN*. Aufruf am 22.05.2023. <http://asien.asienforschung.de/debating-academic-autonomy-in-the-german-speaking-field-of-china-studies-an-assessment/>.
- Hamilton, Clive und Mareike Ohlberg. 2020. *Hidden Hand: Exposing How the Chinese Communist Party is Reshaping the World*. London: Oneworld Publications.
- H-Asia. 2022. „Germany’s Contentious China Debate“. *H-Net*. 2022. Aufruf am 22.05.2023. <https://networks.h-net.org/node/22055/discussions/9952622/germany%E2%80%99s-contentious-china-debate>.
- Heath, Timothy. 2018. „Beijing’s Influence Operations Target Chinese Diaspora“. Aufruf am 30.05.2022. <https://warontherocks.com/2018/03/beijings-influence-operations-target-chinese-diaspora/>.
- Jämté, Jan und Rune Ellefsen. 2020. „The Consequences of Soft Repression“. *Mobilization* 25 (3): 383–404.
- Kinzelbach, Katrin, Staffan I. Lindberg, Lars Pelke und Jannika Spannagel. 2023. *Academic Freedom Index – 2023 Update*. Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU). Aufruf am 02.06.2023. <https://opus4.kobv.de/opus4-fau/frontdoor/deliver/index/docId/21630/file/Update-2023.pdf>.

- Kinzelbach, Katrin und Eva Pils. 2023. „Wehrhafte Wissenschaft: Zum akademischen Umgang mit dem autokratischen China“. In: *Die Idee der Freiheit und ihre Semantiken: Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit*, hg. v. Nicole J. Saam und Heiner Bielefeldt. Bielefeld: transcript, 321–334.
- Klotzbücher, Sascha, Frank Kraushaar, Alexis Lycas und Nataša Vampelj Suhadolnik. 2020. „Editorial: Censorship and Self-censorship in Chinese Contexts“. *Journal of the European Association for Chinese Studies* 1, 9–18. <https://journals.univie.ac.at/index.php/jeacs/article/view/5935/5879>.
- Leibniz Universität Hannover. 2021. „Statement der Hochschulleitung der Leibniz Universität Hannover zur Absage der Buchbesprechung ‚Xi Jinping – der mächtigste Mann der Welt‘ der Journalisten Stefan Aust und Adrian Geiges durch das Leibniz-Konfuzius-Institut Hannover“. Aufruf am 24.11.2021. <https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/statement-der-hochschulleitung-der-leibniz-universitaet-hannover-zur-absage-der-buchbesprechung-xi-j/>.
- Lemon, Edward, Bradley Jardine und Natalie Hall. 2023. „Globalizing Minority Persecution: China’s Transnational Repression of the Uyghurs“. *Globalizations* 20 (4), Routledge: 564–580.
- Levy, Katja. 2022. „Die deutsche China-Forschung darf sich nicht isolieren“. *China.Table*. 15. August. <https://table.media/china/standpunkt/grunde-fur-china-forschung/>.
- Liu, Mingnan und Laura Wronski. 2018. „Examining Completion Rates in Web Surveys via over 25,000 Real-world Surveys“. *Social Science Computer Review* 36 (1): 116–124.
- Merkel, Wolfgang und Johannes Gerschewski. 2011. „Autokratie am Scheideweg: ein Modell zur Erforschung diktatorischer Regime“. *WZB-Mitteilungen* (133): 21–24. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-308709>.
- Ministerium für Bildung der Volksrepublik China. 2016. *Zhonghua jiaoyu bu dangzu guanyu jiaoyu xitong shenru kaizhan aiguo zhuyi jiaoyu de shishi yijian [Umsetzungsmeinungen der KPCh-Parteilinie des Bildungsministeriums zur tiefgreifenden Entwicklung der patriotischen Erziehung im Bildungssystem]*. Aufruf am 02.06.2023. https://www.moe.gov.cn/srcsite/A13/s7061/201601/t20160129_229131.html.
- Ministerium für Bildung der Volksrepublik China. 2018. *Xinshidai gaoxiao jiaoshi zhiye xingwei shixiang zhunze [Zehn Leitlinien für das professionelle Verhalten von Hochschullehrern in der neuen Ära]*. Aufruf am 24.11.2022. http://www.moe.gov.cn/srcsite/A10/s7002/201811/t20181115_354921.html.
- Moss, Dana M. 2016. „Transnational Repression, Diaspora Mobilization, and the Case of The Arab Spring“. *Social Problems* 63 (4): 480–498.
- Moss, Dana M., Marcus Michaelsen und Gillian Kennedy. 2022. „Going After the Family: Transnational Repression and the Proxy Punishment of Middle Eastern Diasporas“. *Global Networks* 22 (4): 735–751.
- Nationaler Volkskongress der Volksrepublik China. 2020. *Zhonghua renmin gongheguo xianggang tebie xingzhengqu weihu guojia anquan fa [Nationales Sicherheitsgesetz der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China]*. Aufruf am 22.08.2022. <http://www.npc.gov.cn/npc/c30834/202007/3ae94fae8aec4468868b32f8cf8e02ad.shtml>.
- Nationaler Volkskongress der Volksrepublik China. 2021a. *Zhonghua renmin gongheguo shuju anquan fa [Datenschutzgesetz der Volksrepublik China]*. Aufruf am 21.08.2022. <http://www.npc.gov.cn/npc/c30834/202106/7c9af12f51334a73b56d7938f99a788a.shtml>.
- Nationaler Volkskongress der Volksrepublik China. 2021b. *Zhonghua renmin gongheguo geren xinxi baohu fa [Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Volksrepublik China]*. Aufruf am 22.08.2022. <http://www.npc.gov.cn/npc/c30834/202108/a8c4e3672c74491a80b53a172bb753f.shtml>.

- Pils, Eva. 2020. „Rule-of-Law Reform and the Rise of Rule by Fear in China“. In: *Authoritarian Legality in Asia: Formation, Development and Transition*, hg. v. Weitseng Chen und Hualing Fu. Cambridge University Press, 90–113.
- Pils, Eva. 2021. „Complicity in Democratic Engagement with Autocratic Systems“. *Ethics & Global Politics* 14 (3).
- Poe, Steven. C. 2004. „The Decision to Repress: An Integrative Theoretical Approach to the Research on Human Rights and Repression“. In: *Understanding Human Rights Violations: New Systematic Studies*, hg. v. Steven C. Poe und Sabine C. Carey. London, Routledge, 16–38.
- Pringle, Tim und Sophia Woodman. 2022. „Between a Rock and a Hard Place: Academic Freedom in Globalising Chinese Universities“. *The International Journal of Human Rights*: 1–21.
- Quinn, Robert. 2021. „Academic Self-Censorship Is a ‘Brain Drag’ on Arab Universities and Societies“. *Al-Fanar Media*. 18. April. <https://www.al-fanarmedia.org/2021/04/academic-self-censorship-is-a-brain-drag-on-arab-universities-and-societies/>.
- Roetz, Heiner. 2022. „Kritik und Kompromiss“. *FAZ*. 8. April. <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/sinologie-debatte-den-vorgaben-der-chinesischen-kp-entgegenkommen-17917188.html>.
- Schenkkan, Nate und Isabel Linzer. 2021. *Out of Sight, Not Out of Reach: The Global Scale and Scope of Transnational Repression*. Washington, DC. Aufruf am 19.10.2021. https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-02/Complete_FH_TransnationalRepressionReport2021_rev020221.pdf.
- Schiller, Anna. 2022. „Wie Peking Kritik an Xi Jinping in Deutschland torpediert“. *FAZ*. 28. Oktober. <https://www.faz.net/wie-pekings-kritik-an-xi-jinping-in-deutschland-torpediert-17607549.html>.
- Scholz, Anna-Lena. 2021. „Einflussnahme aus China: Xi Jinping lächelt nicht“. *ZEIT Campus*. 27. Oktober. <https://www.zeit.de/2021/44/xi-jinping-biografie-china-einflussnahme-verhinderung-lesungen-konfuzius-institute>.
- Schubert, Gunter und Björn Alpermann. 2022. „Die jüngste Kontroverse um Zustand und Zukunft der deutschen Chinaforschung – eine vorläufige Bilanz“. Vorabveröffentlichung aus ASIEN 162/163. Aufruf am 22.11.2022. <http://asien.asienforschung.de/asien-preprint-162-163-zustand-und-zukunft-der-deutschen-chinaforschung>.
- Schwartz-Shea, Peregrine und Dvora Yanow. 2012. *Interpretive Research Design: Concepts and Processes*. New York: Routledge.
- Stern, Rachel E. und Jonathan Hassid. 2012. „Amplifying Silence: Uncertainty and Control Parables in Contemporary China“. *Comparative Political Studies* 45 (10): 1230–1254. <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0010414011434295>.
- Stritzel, Björn. 2021. „Zensur: China stoppt Buchvorstellungen an deutschen Unis“. *BILD*. 23. Oktober. <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/zensur-china-stoppt-buchvorstellungen-an-deutschen-unis-78035604.bild.html>.
- Tatlow, Didi K. 2018. „Cultural Relativism and Power Blindness: Some Critical Observations on the State of Germany’s China Debate“. *Zentrum Liberale Moderne*. 22. November. Aufruf am 17.01.2022. <https://libmod.de/en/didi-kirsten-tatlow-on-late-orientalism-in-germany/>.
- Tsourapas, Gerasimos. 2021. „Global Autocracies: Strategies of Transnational Repression, Legitimation, and Co-optation in World Politics“. *International Studies Review* 23 (3): 616–644.
- UNESCO. 2007. *Recommendation Concerning the Status of Higher-education Teaching Personnel*. Paris. Aufruf am 11.11.2022. <https://en.unesco.org/about-us/legal-affairs/recommendation-concerning-status-higher-education-teaching-personnel>.
- Walker, Christopher. 2018. „What Is ‘Sharp Power’?“. *Journal of Democracy* 29 (3): 9–23.
- Walker, Christopher. 2019. „Safeguarding Democracies against Authoritarian Sharp Power“. 14. Januar. Aufruf am 20.03.2023. <https://policyoptions.irpp.org/magazines/january-2019/safeguarding-democracies-against-authoritarian-sharp-power/>.

Walker, Christopher und Jessica Ludwig. 2017. „From ‘Soft Power’ to ‘Sharp Power’: Rising Authoritarian Influence in the Democratic World“. In: *Sharp Power: Rising Authoritarian Influence*, hg. v. National Endowment for Democracy (NED), 8-25.

Wilkinson, Cai. 2014. „On Not Just Finding What You (Thought You) Were Looking For: Reflections on Fieldwork Data and Theory“. In: *Interpretation and Method: Empirical Research Methods and the Interpretive Turn*, hg. v. Dvora Yanow und Peregrine Schwartz-Shea. 2. Ausgabe. London, Routledge, 387–405.

Anhang 1: Biografische Angaben der Umfrageteilnehmenden

Biografisches Merkmal	Absolute Zahlen	Prozent
Geschlecht		
männlich	42	48,3%
weiblich	37	42,5%
k.A.	8	9,2%
Geburtsjahr		
1940-49	3	3,4%
1950-59	5	5,7%
1960-69	20	23,0%
1970-79	19	21,8%
1980-89	31	35,6%
Nach 1990	5	5,7%
k.A.	4	4,6%
Institution		
Universität	68	78,2%
Fachhochschule	4	4,6%
Think Tank (nonprofit)	2	2,3%
Andere gemeinnützige Organisation	4	4,6%
Beratung/Privatwirtschaft	1	1,1%
Sonstiges	8	9,2%
Position (universitär)		
Doktorand*in	10	11,5%
Postdoktorand*in	18	20,7%
Professor*in (befristet)	9	10,3%
Professor*in (unbefristet)	26	29,9%
Sonstiges	11	12,6%

k.A.	13	14,9%
Staatsbürgerschaft		
Deutschland	80	92,0%
VR China	3	3,4%
Österreich	1	1,1%
Schweiz	1	1,1%
Russland	1	1,1%
Europäische Union	1	1,1%
Ort der Institution		
Deutschland	72	82,8%
VR China	3	3,4%
Deutschland und VR China	1	1,1%
Deutschland und Frankreich	1	1,1%
Großbritannien	2	2,3%
Österreich	2	2,3%
Schweiz	2	2,3%
Niederlande	1	1,1%
Europäische Union	1	1,1%
Taiwan	1	1,1%
k.A.	1	1,1%
Familienangehörige /enge Beziehungen zu Personen in Festlandchina		
Ja	24	27,6%
Nein	55	63,2%
k.A.	8	9,2%
Offizielle Forschungskooperationen		
Ja, aktuell, aber nie zuvor	1	1,1%
Ja, in der Vergangenheit und aktuell	30	34,5%
Ja, in der Vergangenheit, aber nicht aktuell	34	39,1%
Nein	19	21,8%
k.A.	3	3,4%
Private Kooperationen		
Ja, aktuell, aber nie zuvor	1	1,1%
Ja, in der Vergangenheit und aktuell	44	50,6%
Ja, in der Vergangenheit, aber nicht aktuell	28	32,2%

Nein	11	12,6%
k.A.	3	3,4%
Institutionelle Kooperationen		
Ja	45	51,7%
Nein	24	27,6%
Nicht aktuell, aber in der Vergangenheit	6	6,9%
k.A.	12	13,8%
Hauptfach		
China-Studien/Sinologie	63	72,4%
Politikwissenschaft	13	14,9%
Wirtschaft	4	4,6%
Soziologie	2	2,3%
Geschichte	1	1,1%
Geographie	1	1,1%
Sonstiges	3	3,4%
China-Aufenthalte		
Kein Aufenthalt	2	2,3%
Unter 6 Monate	10	11,5%
6 Monate - 1 Jahr	11	12,6%
1 - 3 Jahre	37	42,5%
3 - 5 Jahre	10	11,5%
Über 5 Jahre	17	19,5%